

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Handelsstreit

USA wollen über Strafzölle
im Fall Airbus reden

Seite 3

IM FOKUS

Anhörungen

Anwärter für neue Kommission
stellen sich dem EU-Parlament

Seite 4

Ökodesign

Richtlinie für umweltgerechte
Haushaltsgeräte

Seite 6



EU-Innenkommissar
Avramopoulos warb vor den
EU-Innenministern für eine
Regelung zur Verteilung aus
Seenot geretteter Migranten.

Credit © European Union, 2019

FINANZRAHMEN 2021-2027

EU-Kommission mahnt zur Eile

Vor dem EU-Gipfel am 17. und 18. Oktober hat die Kommission Eckpunkte zum mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre von 2021 bis 2027 vorgelegt. Es gehe darum, dort „zu handeln, wo die EU am meisten Mehrwert schafft. Das sind Investitionen in EU-weiter, weltweit führender Forschung“, sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger drängte zur Eile: „Wir können uns keine weitere Verzögerung erlauben.“ Nach den Plänen der EU-Kommission soll das EU-Budget für die Jahre bis 2027 ein Volumen von 1,114 Prozent der Wirtschaftskraft umfassen. Das ist weniger als im zu Ende gehenden Finanzrahmen 2014-2020. Dort hatte sich das Budget noch auf 1,16 Prozent der Wirtschaftskraft belaufen.

▮ Dokumente zum Finanzrahmen

MIGRATION

„Beständige Lösung“ für aus Seenot Gerettete gefordert

EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos hat unter den EU-Staaten für eine Regelung zur Verteilung aus Seenot geretteter Migranten geworben. „Wir können so nicht weitermachen. Wir brauchen eine beständige Lösung – zumindest für die nächsten sechs Monate“, sagte Avramopoulos beim Treffen der EU-Innenminister in Luxemburg.

> Dort erörterten die Vertreter der Mitgliedstaaten eine von Deutschland, Frankreich, Malta und Italien im September vereinbarte Initiative für einen Notfallmechanismus für aus Seenot Gerettete. Die vier EU-Länder hatten sich im September in Malta auf einen vorübergehenden Verteilmechanismus für Migranten verständigt. Demnach sollten Menschen, die im zentralen Mittelmeer vor den Küsten Maltas und Italiens geborgen werden, innerhalb von vier Wochen auf die teilnehmenden EU-Staaten verteilt werden.

Bundesinnenminister Horst Seehofer hatte damals zugesagt, dass Deutschland ein Viertel der Geretteten aufnehmen werde. Der vereinbarte Verteil-

mechanismus könnte ein „Pilotprojekt“ für eine gemeinsame europäische Asylpolitik insgesamt werden, sagte Seehofer in Luxemburg.

Bislang bemüht sich die EU-Kommission in jedem Fall aufs Neue, Länder zu finden, die zur Aufnahme von Geretteten bereit sind, ehe ein Rettungsschiff in Malta oder Italien einen Hafen anlaufen kann. Das sei „eigentlich beschämend“, befand Seehofer. „Wir können uns nicht auf Ad-Hoc-Lösungen verlassen. Wir brauchen mehr Solidarität und Verantwortung unter den Mitgliedstaaten“, forderte EU-Kommissar Avramopoulos. Er hatte die Einigung von Malta als ersten Schritt hin zu einer vorhersehbareren Lösung begrüßt. >>

“ Wir können uns nicht auf Ad-hoc-Lösungen verlassen. Wir brauchen mehr Solidarität und Verantwortung unter den Mitgliedstaaten. ”

Quelle: EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos

>> Länder wie Luxemburg, Irland und Portugal hatten grundsätzlich Unterstützung für den Verteilmechanismus erkennen lassen. Andere Länder wie Griechenland, Bulgarien und Zypern forderten, die Lösung auch auf Migranten im östlichen Mittelmeer auszuweiten. Griechenland sei nicht Teil des Malta-Abkommens, „aber wir unterstützen einen Mechanismus, der eine gerechte Verteilung der Last mit sich bringt“, sagte der griechische Minister Michalis Chrysochoidis.

Gespräche in der Türkei und Griechenland

EU-Kommissar Avramopoulos hatte bereits Anfang Oktober gemeinsam mit Seehofer und Vertretern Frankreichs in der Türkei und Griechenland für eine bessere Umsetzung des EU-Türkei-Abkommens geworben. Die Übereinkunft vom März 2016 sieht vor, dass Menschen, die von der Türkei nach Griechenland kommen, nach einer ersten Prüfung des Asylanspruchs zurückgeführt werden. Im Gegenzug verpflichtete sich die EU, für jeden zurückgeführten Syrer einen Syrer aus einem Flüchtlingslager in der Türkei zu übernehmen. So sollte verhindert werden,

dass Migranten die gefährliche Überfahrt von der Türkei auf die griechischen Inseln über das östliche Mittelmeer wagen.

Nach Angaben des Flüchtlingswerks UNHCR sind in den ersten neun Monaten dieses Jahres 45.597 Menschen aus der Türkei nach Griechenland eingereist, davon 35.848 über das Meer. Im gesamten Vorjahr waren insgesamt 32.494 Migranten mit dem Boot aus der Türkei nach Griechenland gekommen. „Wir werden Hand in Hand mit den türkischen Behörden arbeiten“, versicherte EU-Kommissar Avramopoulos nach den Gesprächen in Ankara und fügte hinzu: „Das ist in unserem gemeinsamen Interesse.“

In Bezug auf mögliche zusätzliche Finanzhilfen zeigt sich die Kommission zurückhaltend und wies auf die laufende Unterstützung aus der EU-Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei hin, die noch bis 2025 Projekte mit insgesamt 6 Milliarden Euro unterstützt.

In Reaktion auf die Pläne der Türkei für eine Schutzzone in Nordsyrien bleibt die EU bei ihrer Auffassung, dass eine Rückkehr von Flüchtlingen nach Syrien erst erfolgen kann, wenn die Bedingungen für eine sichere, freiwillige und würdige Rückkehr erfüllt sind. (pr) >|

Die Regelungen des EU-Türkei-Abkommens

Drei Routen übers Meer

Die sogenannte **östliche Mittelmeerroute** führt von der Türkei nach Griechenland. Laut UNHCR sind im Vorjahr 50.500 Menschen aus der Türkei über das Mittelmeer nach Griechenland geflohen. Die **zentrale Mittelmeerroute** beschreibt den Weg aus Nordafrika nach Malta oder Italien. Diese beiden Länder haben im September gemeinsam mit Frankreich und Deutschland einen Verteilmechanismus vereinbart. Laut UNHCR sind im Vorjahr 23.400 Migranten über die zentrale Mittelmeerroute nach Italien gekommen. Die **westliche Mittelmeerroute** bezeichnet den Weg aus Nordafrika nach Spanien. Zahl der Migranten im Vorjahr: 65.400 Menschen.

Drei Jahre nach der EU-Türkei-Erklärung

Entwicklung der Seeankünfte auf den griechischen Inseln seit Inkrafttreten der Vereinbarung

Ankünfte auf den Inseln 2015



Oktober 2015:
Pro Tag durchschnittlich 6.360

Dezember 2015:
Pro Tag durchschnittlich 3.222

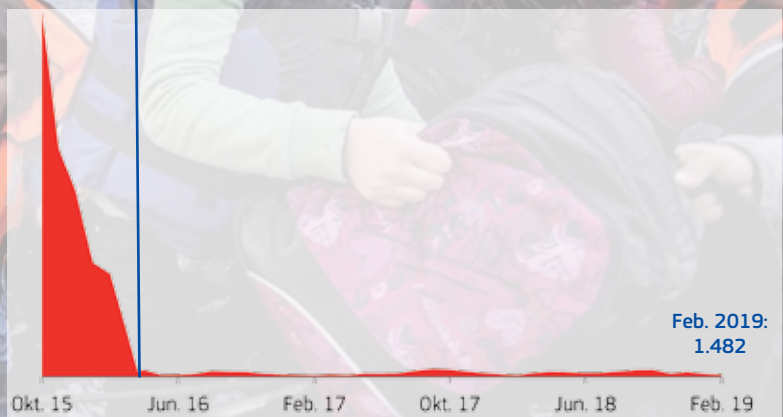
21. März 2016: Die EU-Türkei-Erklärung tritt in Kraft

Okt. 2016:
197.166

Ankünfte auf den Inseln seit Inkrafttreten der EU-Türkei-Erklärung



Seit 21. März 2016:
Pro Tag durchschnittlich 83



Quelle: EU-Kommission
Foto: Economou / Shutterstock.com

HANDELSSTREIT

USA wollen mit EU-Kommission über Strafzölle im Fall Airbus reden

In der Debatte über staatliche Beihilfen für den europäischen Flugzeugbauer Airbus wollen die USA mit der EU-Kommission über eine Lösung im Handelsstreit verhandeln. „Wir erwarten, in Gespräche mit der EU einzutreten mit dem Ziel, das Thema in einer Art zu lösen, von der auch amerikanische Arbeiter profitieren“, erklärte der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer. Die Welthandelsorganisation WTO hatte den USA wegen unerlaubter europäischer Beihilfen für Airbus die Möglichkeit eingeräumt, Strafzölle in Höhe von 6,82 Mrd. Euro zu verhängen. Die US-Regierung kündigte daraufhin Sonderzölle auf Wein aus Frankreich, Käse aus Italien und Kaffee sowie Werkzeuge aus Deutschland an.

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström hatte den USA bereits zuvor Gespräche über eine Beilegung des Handelsstreits angeboten. Malmström nannte die Anwendung von Gegenmaßnahmen „kurzsichtig und kontraproduktiv“. Die Europäische Union hat die Vereinigten Staaten wegen staatlicher Gelder für den Flugzeugbauer Boeing ebenfalls vor dem Schiedsgericht der WTO verklagt. Ein Urteil wird in einigen Monaten erwartet. Allgemein wird damit gerechnet, dass die EU ebenfalls Strafzölle auf US-Produkte verhängen darf.

■ *Erklärung von Cecilia Malmström*

ALBANIEN UND NORDMAZEDONIEN

Von der Leyen für Beitrittsgespräche

Die designierte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat sich für Beitrittsverhandlungen der EU mit Albanien und Nordmazedonien ausgesprochen. Die Eröffnung der Gespräche sei „ein Test für Europas Fähigkeit, seine Versprechen einzulösen“, heißt es in einem gemeinsamen Schreiben von der Leyens, des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, von EU-Ratspräsident Donald Tusk und Parlamentspräsident David Sassoli an die Staats- und Regierungschefs der EU.

Neben Verbesserungen in Fragen des Rechtsstaats und der Korruptionsbekämpfung hatte die EU eine Lösung des Namensstreits zwischen Griechenland und Nordmazedonien zur Vorbedingung für die Beitrittsverhandlungen gemacht. Die Mitgliedschaft komme aber „nicht über Nacht“, stellten die EU-Vertreter klar. Die EU hatte den Westbalkanstaaten einen Beitritt zur Gemeinschaft im Jahr 2025 in Aussicht gestellt.

■ *Der Brief an die EU-Staats- und Regierungschefs im Wortlaut*

WHISTLEBLOWER

EU garantiert Informanten mehr Schutz

Die EU hat bessere Regeln zum Schutz von Hinweisgebern verabschiedet. Die von den Mitgliedstaaten beschlossenen Vorschriften verpflichten sowohl öffentliche und private Organisationen als auch Behörden dazu, sichere Informationskanäle für die Meldung von Missständen einzurichten, so dass Hinweisgeber Verstöße gegen das EU-Recht, etwa bei der Auftragsvergabe oder EU-Fördergeldern, möglichst gefahrlos melden können.

„Whistleblower sind mutige Menschen, die sich trauen, illegale Aktivitäten ans Licht zu bringen, und selbst aufstehen, um die Öffentlichkeit vor Fehlverhalten zu schützen“, begrüßte der Erste Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans die Vereinbarungen. Die neuen Regelungen sollen bis 2021 in nationales Recht umgesetzt werden.

■ *Schutz von Hinweisgebern*

RECHTSSTAATSVERFAHREN

EU-Kommission reicht Klage gegen Polen ein

Die EU-Kommission hat beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg Klage gegen Polen wegen der neuen Disziplinarregelung für polnische Richter eingereicht. Nach Ansicht der höchsten EU-Behörde greift das neue Gesetz in die richterliche Unabhängigkeit der polnischen Justiz ein. Die EU-Kommission hatte deshalb am 3. April 2019 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen eingeleitet. Nach polnischem Recht können Richter wegen eines Urteils disziplinarrechtlich verfolgt werden.

Gegen die Regelung hatte auch Polens oberste Richterin Małgorzata Gersdorf scharf protestiert. Wegen der Dringlichkeit des Anliegens beantragte die EU-Kommission beim EuGH ein beschleunigtes Verfahren. Der Europäische Gerichtshof hatte in einem früheren Verfahren bereits die Zwangspensionierung von Richtern in Polen für unvereinbar mit EU-Recht erklärt.

■ *Das Rechtsstaatsverfahren im Überblick*

ANHÖRUNGEN

Anwärter für neue EU-Kommission stellen sich dem Europäischen Parlament

Das Europäische Parlament hat auch den Kandidaten für das Amt des EU-Agrarkommissars, Janusz Wojciechowski, bestätigt. Nach einer zweiten Anhörung stimmten Vertreter aller Fraktionen für den Bewerber aus Polen. Die für das Amt der EU-Binnenmarktkommissarin vorgesehene Kandidatin Sylvie Goulard aus Frankreich bekam auch nach einer zweiten Anhörung keine Mehrheit im zuständigen Binnenmarktausschuss.



Credit © European Union, 2019

Frans Timmermans bekannte sich in seiner Anhörung zum Ziel der Europäischen Union, bis 2050 klimaneutral zu wirtschaften.

> Goulard war von Präsident Emmanuel Macron vorgeschlagen worden. Die ehemalige Europaabgeordnete hatte sich wegen der Scheinbeschäftigung eines früheren Mitarbeiters kritischen Fragen im Plenum stellen müssen. Goulard hatte die Mittel wieder zurückgezahlt. Macron und die künftige EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen müssen sich nun auf eine andere Kandidatin oder einen anderen Kandidaten verständigen.

Der polnische Bewerber für das Amt des EU-Agrarkommissars, Janusz Wojciechowski, wurde von den Abgeordneten indes im zweiten Ablauf bestätigt. Wojciechowski hatte sich als Europaabgeordneter mit seiner Arbeit als Leiter der interfraktionellen Arbeitsgruppe für mehr Tierschutz einen guten Ruf erworben. Er war den Parlamentariern bei seiner ersten Anhörung aber Antworten schuldig geblieben. In einer zweiten Fragerunde vor dem Agrarausschuss erhielt Wojciechowski schließlich fraktionsübergreifend Zustimmung. „Er weiß, dass wir seine Arbeit in der EU-Kommission sehr genau verfolgen werden“, kündigte der Vorsitzende des Agrarausschusses, der CDU-Europaabgeordnete Norbert Lins, an. Die designierte Innenkommissarin Ylva Johansson aus Schweden musste nach ihrer Anhörung im Innenausschuss zunächst weitere Fragen schriftlich beantworten. Das reichte den Europaabgeordneten aus, um ihre Ernennung zu billigen. Die EU-Kommission ist für Gesetzesvorschläge zuständig, zudem überwacht sie

die Einhaltung von EU-Recht in den Mitgliedstaaten. Jedes Land kann einen Vertreter ins Kollegium entsenden. Von der Leyen hatte Anfang September die 26 Kandidaten für ihre neue Kommission vorgestellt. Die Nominierten müssen vorher in Anhörungen in den zuständigen Ausschüssen des Europaparlaments bestehen. Das Europäische Parlament muss dann das Kollegium als Ganzes billigen.

Ungarn und Rumänien nominieren nach

Die Spitzen des Europäischen Parlaments wollen am 17. Oktober entscheiden, ob das Plenum wie geplant am 23. Oktober über das neue Kommissarsteam abstimmen soll. Dann könnte die neue EU-Kommission ihre Arbeit am 1. November aufnehmen. Zuvor war es bei den Anhörungen zu Verzögerungen gekommen. So waren die von den Regierungen aus Ungarn und Rumänien zunächst vorgeschlagenen Kandidaten vom Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments wegen möglicher Interessenskonflikte abgelehnt worden. Ungarns Regierungschef Viktor Orbán hatte daraufhin EU-Botschafter Oliver Varhelyi nachnominieren. Die sozialdemokratische Regierung Rumäniens, die sich am 10. Oktober einem Misstrauensvotum stellen musste, schlug den bisherigen Europaabgeordneten Dan Nica als Bewerber für das Kommissionsamt vor. Als Ersatzkandidatin stellte sie die bisherige Europastaatssekretärin Melania-Gabriela Ciot vor. Die designierte Kommissionspräsidentin von der Leyen strebt einen höheren Anteil von Frauen in ihrem Kommissarskollegium an.

Klima und Digitales als Schwerpunkt

Der für Klimaschutz vorgesehene designierte Exekutive Vizepräsident Frans Timmermans bekannte sich in seiner Anhörung zu dem Ziel, dass die Europäische Union bis 2050 klimaneutral wirtschaftet. „Ich glaube, es gibt einen Bereich, in dem wir die Menschen vom Wert unserer Arbeit überzeugen können: Klimaschutz“, sagte Timmermans. Die designierte Exekutive Vizepräsidentin für Wettbewerb und Digitales, Margrethe Vestager, kündigte für die ersten 100 Tage ihrer Amtszeit eine gesetzliche Regelung für Künstliche Intelligenz an. Valdis Dombrovskis, der für „Wirtschaft im Dienste des Menschen“ vorgesehene Exekutive Vizepräsident, erklärte vor den Abgeordneten, Digitalwährungen wie Facebooks Libra stärker in den Blick nehmen zu wollen. (pr) >|

■ Designierte Kommissionsmitglieder

Der Weg ins Amt

Die EU-Kommissare müssen sich vor ihrer Ernennung einer Anhörung in den Fachausschüssen des Europäischen Parlaments stellen. Den Bewerbern wird zunächst ein schriftlicher Fragenkatalog mit der Bitte um Beantwortung überstellt. Dann folgt eine mündliche Anhörung im Parlament. Gibt es Zweifel an der Eignung des Kandidaten, können die Abgeordneten weitere schriftliche Fragen nachreichen oder den Kandidaten zu einer weiteren Anhörung ins Parlament bitten.

BREXIT

EU-Kommission mahnt **tragfähige Lösung** für die **irische Insel** an

Vor dem EU-Gipfel am 17. und 18. Oktober in Brüssel bleibt die EU-Kommission gesprächsbereit. „Wir wollen einen Deal. Und wir arbeiten mit dem Vereinigten Königreich daran, dass das gelingt“, bekräftigte der EU-Chefverhandler für den Brexit Michael Barnier. Der britische Regierungschef Boris Johnson hatte zuvor erneut einen unregelmäßigen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union zum 31. Oktober gedroht. „Wir für unseren Teil bleiben gelassen und offen für eine Lösung, die den Frieden und die Stabilität auf der irischen Insel und des europäischen Binnenmarkts bewahrt“, so Barnier.



© Michael Tubi / Shutterstock.com

> Ohne Einigung zwischen der EU und Großbritannien droht ein unregelmäßiger Austritt des Vereinigten Königreichs am 31. Oktober. „Wir brauchen eine tragfähige Lösung – jetzt“, betonte eine Sprecherin der EU-Kommission und fügte hinzu: „Jede Lösung muss vom Vereinigten Königreich kommen.“ Johnson hatte zwar erstmals einen eigenen Vorschlag für eine Alternative zur Backstop-Regelung an der Grenze zwischen der Republik Irland und der zum Vereinigten Königreich gehörenden Provinz Nordirland vorgelegt. Die EU-Kommission reagierte aber zurückhaltend. Das Vereinigte Königreich mache zwar Fortschritte, „aber eine Reihe problematischer Punkte bleibt“, sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Daher seien „weitere Arbeiten notwendig“.

Britische Vorschläge nicht ausreichend

Nach Johnsons Überlegungen soll die gesamte irische Insel eine einheitliche „regulatorische Zone“ bilden, in der die Standards des EU-Binnenmarkts für Waren und Agrarprodukte gelten. Zoll- und Warenkontrollen zwischen Irland und Großbritannien sollen ohne physische Überprüfungen auskommen, Johnson setzt dabei auf neue technische Lösungen. Doch erhielt das irische Regionalparlament das Recht, die Vereinbarung alle vier Jahre zu überprüfen und zu kündigen.

EU-Kommissionspräsident Juncker stellte klar, dass eine alternative Regelung für die irisch-nordirische Grenze „alle Ziele des Backstop“ erfüllen müsse. Irlands Regierungschef Leo Varadkar erklärte: „Was wir hören, ist nicht ermutigend und wäre keine Grundlage für eine Übereinkunft.“ Der Brexit-Beauftragte des Europäischen Parlaments, der frühere belgische Ministerpräsident Guy Verhofstadt, sah

„fundamentale Probleme“ in Johnsons Vorschlag und bemängelte fehlende Details. Auch der niederländische Regierungschef Mark Rutte sprach nach einem Telefonat mit Johnson von „wichtigen Fragen“, die noch geklärt werden müssten. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron mahnte eine zügige Einigung bis zum 11. Oktober an.

Gipfel am 17. und 18. Oktober

Die in Gesprächen mit Johnsons Vorgängerin Theresa May erzielte Backstop-Vereinbarung soll Grenzkontrollen zwischen Irland und Nordirland erübrigen. Das Parlament hatte Johnson im September mit dem sogenannten Benn-Act verpflichtet, bei der EU um einen weiteren Aufschub für den Austritt bis zum 31. Januar 2020 zu ersuchen, falls der Premierminister in den Verhandlungen mit der EU bis 19. Oktober keine Einigung erzielen sollte.

Die Staats- und Regierungschefs der EU kommen am 17. und 18. Oktober in Brüssel zu einem Gipfel zusammen. Einige EU-Staaten sehen eine weitere Verlängerung der Frist über den 31. Oktober hinaus kritisch. Der finnische Ministerpräsident und EU-Ratsvorsitzende Antti Rinne warnte, er befürchte, „dass es beim Gipfel im Oktober mehr um eine Verlängerung als um konkrete Lösungen für die Lage gehen könnte“. Selbst britische Behörden warnten vor hohen Belastungen für die Wirtschaft im Fall eines unregelmäßigen Austritts. Allein durch das Ausfüllen von Zollformularen entstünden auf beiden Seiten des Kanals Kosten in Höhe von 8,36 Milliarden Euro, warnte das britische Zoll- und Finanzamt HMRC. (pr) >|

Die EU-Kommission bleibt offen für Gespräche mit dem britischen Premierminister Boris Johnson.

■ Erklärung von EU-Kommissionspräsident Juncker

ÖKODESIGN-RICHTLINIE

EU-Kommission setzt auf Reparieren und Recyceln

Die EU-Kommission hat im Rahmen der Ökodesign-Richtlinie neue Regeln für das Reparieren und Recyceln von Elektro-Haushaltsgeräten verabschiedet. Reparierbarkeit oder ein geringerer Wasserverbrauch – intelligentes Ökodesign lässt uns die Ressourcen effizienter nutzen und bringt eindeutige wirtschaftliche und ökologische Vorteile“, sagte Jyrki Katainen, der für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit zuständige Vizepräsident der EU-Kommission.



© Shutterstock

Haushaltsgeräte sollen nach den Vorschlägen der Kommission künftig einfacher zu reparieren und leichter zu recyceln sein.

> Konkret geht es um Elektrogeräte im Haushalt wie Kühlschränke, Waschmaschinen, Geschirrspüler, Lichtquellen, externe Netzteile und Fernsehgeräte. Nach den neuen Vorschlägen der EU-Kommission sollen die Geräte so gebaut werden, dass sie einfacher repariert und leichter recycelt werden können.

Um die Reparierbarkeit von Elektrogeräten zu verbessern und damit die Lebensdauer der Produkte zu erhöhen, müssen die Hersteller der Waren künftig Ersatzteile für einen Zeitraum von mindestens sieben bis zehn Jahre nach dem Verkauf bereitstellen. Zudem muss nach den Plänen der EU-Kommission sichergestellt sein, dass die Ersatzteile innerhalb von 15 Tagen geliefert werden.

Lebenszyklus der Geräte verlängern

Auch sollen Handwerker künftig schneller und leichter an Bauanleitungen und Reparaturvorschriften kommen. Darüber hinaus müssen die Ersatzteile grundsätzlich ohne schwer erhaltliche Spezialwerkzeuge ausgetauscht werden können,

ohne dass das betreffende Gerät dauerhaft beschädigt wird. „Die neuen Vorgaben werden helfen, den Lebenszyklus von Alltagsgegenständen zu verlängern, die bisher viel zu häufig zu schnell kaputtgehen“, lobte Monique Goyens, Vorsitzende der europäischen Verbraucherschutzorganisation Beuc.

Verbraucher sparen 150 Euro im Jahr

Die neuen Vorschläge im Rahmen der Ökodesign-Richtlinie sparen auch Energie. So schätzt die EU-Kommission, dass sich der jährliche Elektrizitätsverbrauch bis 2030 um 167 Mrd. Kilowattstunden Strom verringert. Das entspricht dem jährlichen Energieverbrauch Dänemarks und entlastet zudem die europäischen Verbraucher. „Die Zahlen sprechen für sich: Durch diese Maßnahmen können die europäischen Haushalte jährlich durchschnittlich 150 Euro sparen“, sagte Vizepräsident Katainen.

EU-Klimakommissar Miguel Arias Cañete ergänzte: „Das Ökodesign ist ein Schlüsselement bei der Bekämpfung des Klimawandels und ein direkter Beitrag zur Verwirklichung der Ziele des Übereinkommens von Paris.“ Nach Angaben der EU-Kommission verringert die Ökodesign-Initiative den Ausstoß an Kohlendioxid bis 2030 um 46 Millionen Tonnen. Auch sollen die Geräte künftig schonender mit knappen Ressourcen wie Wasser umgehen. So sollen nach Angaben der EU-Kommission mit den neuen Ökodesign-Regeln allein bei Waschmaschinen jährlich bis zu 711 Millionen Kubikmeter Wasser eingespart werden.

Zustimmung erhielt die EU-Kommission für ihren Vorstoß auch von Umweltverbänden. „Die EU zieht den Stecker für Stromfresser und geplante Obsoleszenz“, erklärte Caroline Gebauer vom Bundesverband für Umwelt- und Naturschutz (BUND). Auch die Stiftung Warentest äußerte sich positiv: „Ökologisch ist die Wegwerfstrategie ein Desaster“, hieß es in einer Mitteilung. „Ein Gerät, das in 15 Jahren viermal repariert wird, spart gegenüber einem Neukauf etwa ein Viertel Energie und andere Ressourcen ein“, rechnete die Stiftung vor. (pr)

>|

■ Die Ökodesign-Initiative im Internet

Das Design macht's

Die Ökodesign-Richtlinie setzt in der EU seit 2009 Standards für die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte. Die jetzt vorgelegten Vorgaben für eine leichtere Reparatur gilt für Waschmaschinen, Geschirrspüler, elektronische Displays und Fernsehgeräte, Lichtquellen, externe Netzteile, Kühlschränke, Leistungstransformatoren sowie Schweißgeräte.

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 15.10.2019 17.00–20.00 Uhr	„Meine Werte – Deine Werte: Was hält unsere Gesellschaft zusammen?“ Regionalkonferenz Veranstalter: Deutsche Gesellschaft e. V.,	Hessischer Landtag Eingang Grabenstraße 65183 Wiesbaden	www.europatermine.de
> 17.10.2019 10.00–12.00 Uhr	„30 Jahre nach dem Mauerfall: Wo steht Europa heute?“ Moderiertes Gespräch Veranstalter: Europäisches Parlament	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.europarl.europa.eu/germany/de/presse-veranstaltungen/30-jahre-nach-dem-mauerfall-wo-steht-europa-heute
> 18.10.2019 15.00–18.00 Uhr	„Wir haben gewählt! Was wir Frauen von Europa erwarten“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europäisches Informations-Zentrum (EIZ) Niedersachsen	Haus der Region Hannover Hildesheimer Straße 18 30159 Hannover	www.europatermine.de
> 22.10.2019 12.30–14.00 Uhr	„Nach dem Europäischen Rat: Aktuelle Herausforderungen für die deutsche Europapolitik mit Blick auf die EU-Ratspräsidentschaft 2020“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europäische Kommission, Vertretung in Deutschland	Vertretung der Europäischen Kommission Unter den Linden 78 10117 Berlin	http://iep-berlin.de/mig-oktober-2019/
> 22.10.2019 18.30 Uhr	„10 Jahre EUROPoint Ostalb – Die Zukunft Europas geht uns alle an“ Jubiläumsveranstaltung Veranstalter: EUROPoint Ostalb	Ostalbkreishaus Stuttgarter Straße 41 73430 Aalen	www.europoint-ostalb.de/sixcms/detail.php?_to_pnav=38&_sub1=164&_sub2=97422&id=97426
> 22.10.2019 19.00 Uhr	„Vielfalt schaffen! Mit Agrarökologie globale Krisen überwinden“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Brot für die Welt, Heinrich-Böll-Stiftung, INKOTA-netzwerk	Heinrich-Böll-Stiftung Berlin Schumannstraße 8 10117 Berlin	www.europatermine.de
> 23.10.2019 18.00–20.00 Uhr	„Dynamisch – europäisch: Estland, Lettland, Litauen“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europe Direct Informationszentrum Stuttgart	Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg Schlossstraße 92 70176 Stuttgart	www.europatermine.de
> 23.10.2019 18.00–20.30 Uhr	„Was heißt hier Werte? Die EU und Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	TAZ-Kantine Friedrichstraße 21 10969 Berlin	www.eab-berlin.eu/event/was-heisst-hier-werte/
> 24.10.2019 14.00–18.00 Uhr	„Erfolgreich investieren in Polen“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Industrie- und Handelskammer Cottbus	Industrie- und Handelskammer Cottbus Goethestraße 1 03046 Cottbus	www.cottbus.ihk.de/System/vst/374426?view=&id=324473&te_rminId=537307
> 29.–30.10.2019 10.00 Uhr	„Der Aufbau Ost im ostmitteleuropäischen Vergleich. Eine Bilanz nach 30 Jahren“ Tagung Veranstalter: Deutsche Gesellschaft e.V.	Vertretung des Freistaats Thüringen beim Bund Mohrenstraße 64 10117 Berlin	www.europatermine.de

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2019

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bertha-von-Bentheim-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



© Europäische Kommission, 2019

YOUTHPASS

Schon eine Million Zertifikate ausgestellt

Das 1.000.000ste Youthpass-Zertifikat ist im September über die Youthpass-Datenbank ausgestellt worden. Damit wurden seit 2007 eine Million Mal die Lernerfahrungen aus den europäischen Jugendprogrammen beschrieben und zertifiziert. Die eine Million Zertifikate wurden in mehr als 64.000 Projekten von etwas mehr als 26.000 Organisationen ausgestellt.



Youthpass ist ein Zertifikat, das die Lernergebnisse von Jugendlichen und Fachkräften beschreibt, die diese in Projekten aus Erasmus+, JUGEND IN AKTION und aus dem Europäischen Solidaritätskorps gewonnen haben. Als Anerkennungsinstrument ist der Youthpass europaweit einsetzbar. Vielen dient er darüber hinaus als Nachweis für ihr bürgerschaftliches Engagement und hilft ihnen so bei der Bewerbung um Stipendien und Jobs.

■ [Zur Website von Youthpass](#)

67. EUROPÄISCHER WETTBEWERB

„EUnited – Europa verbindet!“

Der 67. Europäische Wettbewerb „EUnited – Europa verbindet“ ruft dazu auf, sich auf das zu besinnen, was Europa verbindet. Dabei stehen in diesem Schuljahr insgesamt 13 Aufgaben für vier Altersgruppen zur Wahl. Im Rahmen einer Sonderaufgabe sind alle Altersgruppen eingeladen, ihre Wünsche und Forderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ab Juli 2020 zu formulieren: Was sollte Deutschland tun, um die europäischen Werte zu stärken? Die Gewinnerprojekte können sich auf eine Reise nach Brüssel freuen.



Auch methodisch können die Teilnehmenden ihren persönlichen Interessen folgen: Ob Bild, Text oder Video, selbst komponierter Hip Hop, Plakatserie oder Poetry Slam – der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt.

■ [Zu den Aufgaben des Europäischen Wettbewerbs](#)

STÄDTEVERGLEICH

München und Berlin gehören zu den Top-Kreativstädten in Europa

Die Gemeinsame Forschungsstelle der Europäischen Kommission hat die zweite Ausgabe ihres Städtevergleichs „Kultur und Kreativität“ veröffentlicht. Der Städtevergleich misst und fördert das kreative und kulturelle Potenzial europäischer Städte. Sechs deutsche Städte gehören in ihrer jeweiligen Kategorie zu den Top 5 der europäischen Kultur- und Kreativstädte: München, Berlin, Stuttgart, Karlsruhe, Weimar und Heidelberg. Weimar (unser Foto zeigt das Goethe-Schiller-Denkmal vor dem Deutschen Nationaltheater in Weimar) zählt außerdem neben Paris, Florenz, Eindhoven, Budapest, Glasgow und Kopenhagen mit seinen Kulturstätten und kulturellen Einrichtungen zu den sieben Städten, die den Mix einer idealen europäischen Kultur- und Kreativstadt ausmachen würden.



Tibor Navracsics, als Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport unter anderem zuständig für die Gemeinsame Forschungsstelle, erklärte: „Die erste Ausgabe des Städtevergleichs „Kultur und Kreativität“ hat sich als Erfolg erwiesen und es Städten in ganz Europa ermöglicht, die Entwicklung durch eine bessere Nutzung ihres kulturellen Potenzials zu fördern.“

■ [Die Ergebnisse der zweiten Ausgabe im Überblick](#)

MASSNAHMEN GEGEN DESINFORMATION

Beobachtung digitaler Medien ausgeschrieben

Die Europäische Kommission hat eine Ausschreibung veröffentlicht, um eine digitale Plattform zur Bekämpfung von Desinformationen in Europa zu schaffen. Das Europäische Observatorium für digitale Medien soll als Plattform für Faktenprüfer, Wissenschaftler und Forscher dienen, um mit Medienorganisationen und Experten für Medienbildung zusammenzuarbeiten und aktiven Kontakt zu halten. Die Kommission will zusammen mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst, den anderen EU-Organen und den Mitgliedstaaten die Widerstandsfähigkeit der demokratischen Systeme der Union stärken.

Die Ausschreibung ist Teil des Aktionsplans gegen Desinformationen vom Dezember 2018, in dem sich die Kommission verpflichtet hat, eine digitale Plattform zu finanzieren, die zur Schaffung eines Netzwerks unabhängiger Experten beitragen wird. Die Ausschreibung für diese Projekte ist mit einem Höchstbetrag von 2,5 Mio. Euro ausgeschrieben und noch bis zum 16. Dezember 2019 offen.

■ [Ausschreibung für digitale Plattform](#)